

## Die Corona-Krise und staatliche Handlungsmöglichkeiten

Die Corona-Krise unterscheidet sich grundlegend von der letzten Finanzkrise 2007/2008: Damals war die Finanzwirtschaft der Auslöser, jetzt steht die Realwirtschaft im Fokus. Und zwar angebots- und nachfrageseitig, da die globalen Lieferketten und die Kaufkraft direkt betroffen sind.

Jetzt versucht die EZB wieder mit einem Instrument zu helfen, das sich wie in der Finanzkrise an Banken und große Finanzverwalter richtet: Den massiven Ankauf von Anleihen. In dieser Krise wird aber vor allem der Staat benötigt. Er soll der Realwirtschaft während dieser Zeit des wirtschaftlichen Stillstands unter die Arme zu greifen. Sonst könnten auch ansonsten gesunde Betriebe zugrunde gehen – eine Massenarbeitslosigkeit wie 1929 droht. Alle europäischen Staaten/Regionen legen derzeit entsprechende Sonderprogramme auf. All diese Programme und auch die sinkenden Steuereinnahmen haben eines gemeinsam: Sie werden die Staatsverschuldung wieder erhöhen. Das hat aber mittel- und langfristig negative Folgen auf den sozialen Zusammenhalt und die staatliche Handlungsfähigkeit. Wie wichtig eine staatlich organisierte und bedarfsorientierte Grundversorgung ist, zeigt sich jetzt beim Gesundheitssystem.

„Wichtig ist jetzt auch, dass die große Hilfsaktion gerecht durchgeführt wird“, betont der Vorsitzende von Monetative e.V., Klaus Karwat. „Die Corona-Krise darf weder die Staatsverschuldung in die Höhe treiben noch große Player auf den Finanzmärkten und Großunternehmen bevorzugen“.

## Die EZB sollte den Staaten und damit den BürgerInnen direkt helfen

Das riesige Kaufprogramm von Staats- und Unternehmensanleihen begünstigt große Akteure auf den Finanzmärkten und hilft nicht den kleinen und mittleren Unternehmen. Es gilt zu befürchten, dass dies nahezu ohne jegliche Auflagen erfolgt, wie Kündigungsschutz, Ausschluss von Dividendenausschüttungen oder arbeitnehmerfreundliche und ökologische Kriterien. Die massiven Eingriffe in die Märkte erfolgen ohne demokratische Legitimation und widersprechen den Regeln der sozialen Marktwirtschaft.

Die EZB müsste vielmehr **den europäischen Staaten direkt helfen**, damit diese die Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger ihrer Länder unterstützen. Nur die Regierungen und Parlamente dieser Staaten sind demokratisch legitimiert und haben das nötige Mandat, um sozial ausgewogene Rettungsprogramme zu entwickeln. Eine sprunghaft ansteigende Staatverschuldung für solche Programme wäre auch eine Gefährdung für den Zusammenhalt des Euro.

Direkte Staatsfinanzierung ist der EZB aber durch Art. 123 AEUV verboten. Diese Regelung ist durch eine ähnliche Vorschrift zu ergänzen wie bei der sogenannten Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz, die nicht gilt „**bei Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen.**“ (Art. 109 GG). Da das Ratifizierungsverfahren für eine Änderung der Europäischen Verträge langwierig ist, müssen aber andere Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der europäischen Staaten beschlossen werden.

## Corona-Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB)

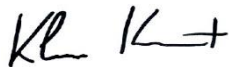
Als eine solche Sofortmaßnahme sollte die EIB als Sofortmaßnahme Corona-Anleihen auflegen, mit denen sie die europäischen Staaten unterstützen. Die EZB sollte sich dann vor allem auf den Ankauf solcher „Corona-Anleihen“ konzentrieren. Diese sollten nicht in die Verschuldungsquote der betroffenen Länder einberechnet werden. Wie bspw. der ESM gezeigt hat, sind auch andere Wege denkbar – wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Im Sinne stabilisierender Rettungsmaßnahmen für die BürgerInnen, darf der direkte Weg darf aber zukünftig nicht mehr durch Art.123 AEUV verbaut sein. Die Finanzkrise 07/08 sollte uns allen eine Warnung sein.

---

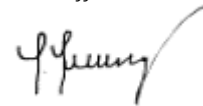
### Klaus Karwat

*Klaus Karwat ist Politik- und Verwaltungswissenschaftler und leitet den Verein Monetative e.V. in Berlin, der sich für eine Modernisierung unseres Geldes in Richtung einer Vollgeldordnung einsetzt.*

Klaus Karwat  
1. Vorstand Monetative e.V.



Simon Sonnenberg  
PR & Öffentlichkeitsarbeit



---

Ansprechpartner Vorstand: Klaus Karwat  
Email: [klaus.karwat@monetative.de](mailto:klaus.karwat@monetative.de)  
Telefon: +49 151 565 049 67  
[www.monetative.de](http://www.monetative.de)

Ansprechpartner PR & Öffentlichkeitsarbeit: Simon Sonnenberg  
Email: [presse@monetative.de](mailto:presse@monetative.de)  
Telefon: +49 176 634 092 69  
[www.monetative.de](http://www.monetative.de)